

Stand: 09.02.2026 04:35:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15378

"Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen - Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15378 vom 09.02.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/16197 des HA vom 16.03.2017
3. Beschluss des Plenums 17/16394 vom 06.04.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 101 vom 06.04.2017



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und auf Europaebene dafür einzusetzen, dass die Regulierung und Aufsicht von Banken verstärkt an Größe, Risiken und Geschäftsmodell der jeweiligen Banken angepasst wird.

Dabei sind für kleine und regional tätige Banken

- Meldeanforderungen an die Aufsichtsbehörden zusammenzufassen,
- der Prüfungsaufwand der Aufsichtsbehörden am Risiko für das Finanzsystem zu orientieren und
- Eigenkapitalanforderungen so zu formulieren, dass die Kreditversorgung kleiner und mittlerer Unternehmen nicht gefährdet wird.

Die europäische Einlagensicherung für Banken ist ausschließlich als Rückversicherungsmodell zu gestalten, das erst zum Einsatz kommt, wenn institutseigene Sicherungssysteme nicht mehr ausreichen. Die Beiträge der Banken zur Einlagensicherung sind am Risiko ihres Geschäftsmodells zu orientieren.

Begründung:

Die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass kleine, lokal tätige Banken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken wesentlich stabiler und weniger krisenanfällig sind als Großbanken. Sie sind zudem für die Versorgung mit Finanzdienstleistungen in der Fläche und als Finanzierer kleiner und mittlerer Unternehmen von großer Bedeutung.

Die Reformen der Finanzmärkte in der Europäischen Union nach der Finanzkrise 2008 haben das Ziel, eine

neue Finanzkrise zu verhindern und mögliche Risiken nicht mehr auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abzuwälzen. Zu den Reformen zählen der Ausbau der Bankenaufsicht, höhere Eigenkapitalanforderungen und der Ausbau der Einlagensicherung. Das ist grundsätzlich richtig. Teile der geplanten und bereits umgesetzten Regulierungen gehen für kleine und regional tätige Banken aber an den Risiken und Geschäftsmodellen vorbei und stellen ihre wirtschaftliche Existenz in Frage.

Dazu zählen erstens die Meldeanforderungen an Statistikämter, nationale Zentralbanken, die Europäische Zentralbank (EZB), nationale Bankenaufsichten und die europäische Bankenaufsicht. Ein gemeinsames Meldeverfahren aller Aufsichtsbehörden würde den Verwaltungsaufwand der Banken deutlich verringern, ohne dass der Aufsicht notwendige Informationen fehlen.

Zweitens muss auch die Aufsichtspraxis geändert werden. Heute wenden die Aufsichtsbehörden viel mehr Zeit für kleine als für große Banken auf. Das geht an der tatsächlichen Risikolage völlig vorbei.

Drittens muss die notwendige Stärkung der Eigenkapitalbasis der Banken angepasst werden. Denn insbesondere für kleine Banken ist der durch die Regulierung zu tragende Aufwand in Relation zum Geschäftsvolumen deutlich höher als bei Großbanken. Sie sind daher vermehrt dazu gezwungen, mit anderen Banken zu fusionieren. Konkurrenz wird dadurch verringert, was nicht im Interesse der Kundinnen und Kunden sein kann.

Viertens sollte die europäische Einlagensicherung ausschließlich als Rückversicherung fungieren. Nur für den Fall, dass die Institutssicherung mit der Sicherung der Einlagen ihrer Kundinnen und Kunden überfordert wäre, sollte die europäische Einlagensicherung haften. Sparkassen und Genossenschaftsbanken müssten dabei nur niedrige Beiträge an die europäische Einlagensicherung leisten, da nur der sehr unwahrscheinliche Fall abgesichert werden müsste, dass die Institutssicherung selbst überfordert wäre.

An die Regulierung kleiner und mittlerer Banken müssen also andere Anforderungen gestellt werden als bei Großbanken. Es geht dabei nicht um Privilegien für kleine und mittlere Banken, sondern um passgenaue Regulierungsvorgaben, die sich nicht an den komplexen Risiken großer Banken orientieren, sondern dem Kredit- und Einlagengeschäft kleiner Institute entsprechen



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/15378

**Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen
- Finanzmarktregulierung für kleine und regionale
Banken anpassen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Thomas Mütze
Ernst Weidenbusch**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staats-
haushalt und Finanzfragen federführend zu-
gewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Be-
ziehungen und der Ausschuss für Wirtschaft
und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr,
Energie und Technologie haben den Antrag
mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag
in seiner 143. Sitzung am 21. Februar 2017
beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaange-
legenheiten sowie regionale Beziehungen hat
den Antrag in seiner 55. Sitzung am 7. März
2017 mitberaten und mit folgendem Stimmer-
gebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Inf-
rastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie hat den Antrag in seiner 62. Sitz-
ung am 16. März 2017 mitberaten und mit
folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/15378, 17/16197

Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregelierung für kleine und regionale Banken anpassen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe also den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftssordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am Dienstag das unter Nummer 1 aufgeführte öffentliche Konsultationsverfahren zu einer multilateralen Form der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten abschließend beraten und empfohlen hat, die auf Drucksache 17/16301 ausgedruckte Stellungnahme abzugeben. Ergänzend schlägt er vor, in den Beschluss den Satz "Die Stellungnahme wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt" aufzunehmen. Die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen sind in der aufgelegten Liste aufgeführt.

Wir kommen zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Auch nicht. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Handel:
Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 – 15.03.2017
Drs. 17/15685, 17/16301 (G) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Abweichendes Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Stefan Schuster, Arif Taşdelen u.a. SPD
Verantwortung des Freistaates bei Erhalt und Erinnerungskonzept von Zeppelintribüne und Zeppelinfeld
Drs. 17/14535, 17/16062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern I –
Landesweite Koordinierungsstelle für die Umsetzung der Lehr- und
Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement
an Schulen auf den Weg bringen
Drs. 17/14701, 17/16083 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bürgerschaftliches Engagement an Schulen fördern II –
Qualitätsstandards des Service Learning/Lernen durch Engagement sichern
Drs. 17/14702, 17/16084 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet I:
Kommunikation verbessern
Drs. 17/15125, 17/16193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet II:
Kommunalen Handlungsspielraum erweitern
Drs. 17/15126, 17/16194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Kathi Petersen u.a. SPD
Staatliche Nachlassimmobilien – Eigentum verpflichtet III:
Ursachen auf den Grund gehen
Drs. 17/15127, 17/16196 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung der Autobahndirektion Südbayern nach Deggendorf
sinnvoll gestalten
Drs. 17/15132, 17/16190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsnachweisen auch für Arbeitsplatzbewerber und -bewerberinnen ermöglichen
Drs. 17/15133, 17/16085 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bahnausbau nach Prag
Drs. 17/15198, 17/16191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Finanzierung des Mittelstands weiter ermöglichen – Finanzmarktregulierung für kleine und regionale Banken anpassen
Drs. 17/15378, 17/16197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Abriss von Gundremmingen Block B unter einem beladenen Brennelemente-Becken und bei Weiterbetrieb von Block C
Drs. 17/15379, 17/16186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei: Mehr Sicherheit für Menschen mit Behinderungen durch Markierungen von Anhaltepunkten auf den Bahnsteigen des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs
Drs. 17/15520, 17/16192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reduzierung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Bayern
Drs. 17/15523, 17/16188 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel u.a. und Fraktion (CSU)
Erkenntnisse aus der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr
Drs. 17/15812, 17/16151 (G)

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX)
Drs. 17/15841, 17/16149 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine schleichende Militarisierung der Innenpolitik
Drs. 17/15842, 17/16145 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 1 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport
hinsichtlich Nr. 2 des Antrags

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Ausspähungsversuche durch die türkische Regierung in Bayern
Drs. 17/15643, 17/16150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Expertenanhörung zum Sitzzuteilungsverfahren d'Hondt
bei Kommunalwahlen im Freistaat
Drs. 17/15943, 17/16126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Die CSU-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

**Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen**

20. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD
Regelmäßige Information des Ausschusses über Auslandsreisen der
Europaministerin
Drs. 17/15824, 17/16177

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

der den Antrag für erledigt erklärt hat.